

**Projektland: Argentinien****Quartal/Jahr: Oktober bis Dezember
2010****Schlagzeilen:****Néstor Kirchner ist tot****Politikbarometer: erste Kandidaturen werden lanciert****Soziale Konflikte bestimmen das Neue Jahr****Korruption ist gestiegen****Wer kennt die wirkliche Inflationsrate? Reform des INDEC****Wirtschaft 2010: Hohe Wachstumsraten beenden das Jahr****Innenpolitik****Tod Néstor Kirchners**

Am 27. Oktober dieses Jahres starb überraschenderweise der ehemalige Präsident Néstor Kirchner. Kirchner erlitt einen Herzinfarkt in seinem Domizil in El Calafate, in der Provinz Santa Cruz, im Süden des Landes. Néstor Kirchner war von 2003 bis 2007 Präsident Argentiniens und galt als aussichtsreicher Kandidat für die Präsidentschaftswahlen in 2011. Er nahm an allen Entscheidungen der aktuellen Regierung teil und galt als eigentlicher „Drahtzieher“ hinter der Präsidentin. Er war zudem Kongressabgeordneter, 2009 gewählt, Vorsitzender der PJ (Partido Justicialista, „Frente para la Victoria“) und Generalsekretär der UNASUR (Union Südamerikanischer Nationen). Durch das Dekret 1560 wurde eine nationale Trauer von drei Tagen eingeläutet. Die Abwesenheit der Führungsspitze stellt eine große, politische Herausforderung für den „Kirchnerismus“ dar. Der ehemalige Präsident war der wichtigste, politische Machthaber und stellte feste Bande zwischen den Regierungsmitgliedern, den Gouverneuren, den Beamten und den Bürgermeistern her. Nach dem Tod ihres Mannes muss nun die Präsidentin Argentiniens, Cristina Fernández de Kirchner, mit Konkurrenz innerhalb der eigenen Reihen rechnen. Der Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Daniel Scioli, ist als Kirchners Stellvertreter nun Kopf der Partei. Das politische Schwergewicht Hugo Moyano, Gewerkschaftsführer der CGT („Allgemeine Konföderation der Arbeit“) und Präsident der PJ in der Provinz von Buenos Aires, beansprucht weiterhin Macht für sich. Schwierig wird es für die Präsidentin, die PJ einig hinter sich zu bringen, da diese in zahlreiche Strömungen zerfallen ist und sich bisher ihr Mann um diese Aufgabe gekümmert hatte.

Politikbarometer 2011

Noch ist die Kandidatur der Präsidentin **Cristina Fernández de Kirchner** (Frente para la Victoria/FPV, Partido Justicialista/PJ) nicht definitiv sicher, doch ihr nahestehende Anhänger streben ihre Wiederwahl im nächsten Jahr an. Nach dem Tod ihres Ehemannes hat sich die Zustimmung im Lande zugunsten der Präsidentin gewandt.

Daniel Scioli (FPV, PJ) erklärte, dass er bereit sei, die Wiederwahl von Cristina Kirchner im kommenden Jahr zu unterstützen und dass der Justizialismus "das Vermächtnis und die Zukunftsvision" des Ex-Präsidenten Kirchner festigen müsse.

Im Umfeld des aktuellen Vizepräsidenten **Julio Cobos** (Unión Cívica Radical, UCR) wird darauf bestanden, dass dieser erst im März über eine Kandidatur offiziell entscheiden solle.

Ricardo Alfonsín (UCR) gab als erster offiziell seine Vorkandidatur zum Präsidentschaftskandidaten für die UCR bekannt. Gegenüber Cobos erscheint er in Buenos Aires momentan als der stärkere Kandidat. **Ernesto Sanz** (Präsident der UCR) ist ebenfalls bereit, in den Wettbewerb um die Präsidentschaftskandidatur der Partei zu treten, besonders da für ihn Ricardo Alfonsín und Julio Cobos eine Rückkehr der UCR an die Macht hemmen.

Mauricio Macri (Propuesta Republicana, PRO) hätte laut Wahlvorhersagen 15% der Wählerstimmen auf seiner Seite. Die jüngste direkte Konfrontation des Bürgermeisters von Buenos Aires mit Präsidentin Cristina und der neuen Sicherheitsministerin Garré könnten ihm „Aufwind“ in der Wählergunst gegeben haben.

Der Senator **Carlos Reutemann** (Peronismo Federal/PF, Teil des PJ) distanzierte sich vom Peronismo Federal mit dem Argument, es gäbe Differenzen hinsichtlich der politischen Situation. Trotzdem gehört er weiterhin dem Block der PJ-Federal des Senats an. Er sprach nicht über seine Präsidentschaftskandidatur. Es wird spekuliert, dass er als möglicher Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten antrete. Eine Umfrage ergab, dass gerade 1% der Befragten für Reutemann stimmen würde. **Francisco de Narváez** (PF) verfolgt das Ziel, Gouverneur der Provinz Buenos Aires zu werden. Am 9. Dezember verkündete er in der Hauptstadt der Provinz, La Plata, seine Kandidatur. **Eduardo Duhalde** (PF) schneidet in den Befragungen bis jetzt ohne Wählerstimmen ab. Er versicherte, dass Carlos Reutemann ihn begleiten würde, sollte er zum Präsidentschaftskandidaten in 2011 seitens des PF gewählt werden. Duhalde gab am 20. Dezember seine Vorkandidatur bekannt. Bei der Verkündung in Costa Salguero waren ungefähr 10.000 Menschen anwesend. Er versicherte, dass er Argentinien zu einem friedlichen und ordentlichen Land machen würde. In seiner Rede hob er die Präsidenten Lula da Silva, Michelle Bachelet und José Mujica als seine Vorbilder hervor und bezeichnete sie als Revolutionäre. Er stellte vier Ziele in Aussicht: eine stabile Staatspolitik, die sich an Werten und Zielen orientiert, die der gesamten Gesellschaft zugutekommen; die Wiederherstellung von Autorität und Frieden; die uneingeschränkte Geltung der Menschenrechte; einen modernen Fortschritt hinsichtlich der demokratischen Institutionen. Über **Felipe Solá** (Vorsitzender der PF-Fraktion) weiß man bis jetzt noch nicht, ob er sich als Kandidat aufstellen wird. Er pflegt ein enges Bündnis mit dem Gouverneur von Neuquen Das Neves. Aber auch er erhält laut Umfrageergebnissen nur 1% der Wählerstimmen. Bereits seit eineinhalb Jahren kristallisiert sich **Mario das Neves** (PF) als Vorkandidat für das Präsidentenamt innerhalb des Justizialismus heraus. Er vertritt die Meinung, dass "der Kirchnerismus ohne Kirchner keine Möglichkeiten habe" und distanziert sich von Macri. **Alberto Rodríguez Saá** (PF) bestätigte, dass er im Wettbewerb um das Präsidentenamt stünde. Er ist überzeugt, dass er über Eduardo Duhalde in den Vorwahlen innerhalb der Partei gewinnen würde.

Fernando `Pino` Solanas (Frente Proyecto Sur) stürzte sich unter dem Motto "Unidos Podemos" ("Zusammen sind wir stark") offiziell in den Präsidentschaftswahlkampf. Er besiegelte ein Bündnis mit der GEN (Generación para un Encuentro Nacional) und dem Sozialismus. Die Befragung ergab für ihn ein Ergebnis von 10 % der Stimmen.

Elisa Carrió (Coalición Cívica), Kopf der Partei, wird neben Adrián Perez bei den Wahlen im nächsten Jahr kandidieren. Bei den Wahlen des Jahres 2003 landete sie auf Platz fünf und im Jahre 2007 belegte sie, unterstützt von den Sozialisten, sogar Platz zwei, jedoch weit hinter Präsidentin Cristina Kirchner.

Eine aktuelle Befragung spiegelt ein positives Bild der Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner mit 47% der Stimmen wieder, während 24% sie negativ beurteilten. 22% äußerten sich neutral und 7% zogen es vor, sich der Abstimmung zu enthalten. 38% der Befragten urteilten negativ über die Opposition, während 21% sie als positiv beurteilte, 28% verhielten sich neutral und 13% entschieden sich, nicht zu antworten.

Abkommen zur Regierbarkeit

Anführer der wichtigsten Parteien der Opposition unterzeichneten Mitte Dezember ein Abkommen zu „Regierbarkeit und Staatspolitiken“ im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 2011. Das Abkommen geht auf den UCR-Politiker Rodolfo Terragno zurück und wurde von der Spitze der Parteien UCR, GEN, Coalición Cívica, Peronismo Federal, PRO und Partido Socialista unterstützt. Der Pakt beinhaltet insgesamt fünf Klauseln, die sich auf die Regierbarkeit, den Rechtsstaat, die Rechtssicherheit, die Transparenz und eine gemeinsame Agenda konzentrieren. Vordergründig ist die Einhaltung der Verfassung. Die Unterzeichner verpflichteten sich dazu, diese Klauseln zu respektieren, unabhängig davon, wie sich die politische Situation im nächsten Jahr entwickeln würde, um so die politische Stabilität und eine wirtschaftliche und soziale Sicherheit im Lande herzustellen.

Soziale Konflikte:

Eisenbahnerkonflikt

Nach dem Mord an dem jungen Parteimitglied der Arbeiterpartei PO (Partido Obrero), Mariano Ferreyra, während eines „Zusammenstoßes“ von entlassenen Angestellten der Linie Roca und Verbandsangehörigen der Eisenbahnerunion, muss nun das Verhalten der zum Tatzeitpunkt anwesenden Eisenbahner und Polizisten überprüft werden. Bei der Tat spielte eine der Regierung nahestehende Gewerkschaftsbande die Hauptrolle, aber auch die polizeilichen Vorbeugungsmaßnahmen wiesen große Mängel auf. All dies sei die Konsequenz einer extrem durchlässigen Sicherheitspolitik, die gewaltbereiten Gruppierung zu viel Raum für ihre Taten lasse, so einige Schlussfolgerungen in der öffentlichen Meinung. Die Verdächtigen wurden festgenommen.

Der Eisenbahnerkonflikt war lediglich der erste von einer ganzen Reihe von aktuellen sozialen Konflikten in Argentinien. Dieser hatte auch Néstor Kirchner noch kurz vor seinem Tod beschäftigt.

Illegale Besetzung des Parks „Indoamericano“

Anfang Dezember besetzten 5.000 Menschen, in erster Linie aus den Ländern Bolivien, Paraguay und Peru, widerrechtlich den Park „Indoamericano“ in Villa Soldati, einem Stadtteil im Süden von Buenos Aires. Angesichts zahlreicher Klagen der Nachbarn räumten die staatliche und die hauptstädtische Polizei den Park, was zu schweren Ausschreitungen zwischen Polizei und einigen Eindringlingen führte. Als die staatliche Polizei sich schließlich zurückzog, wurde der Park erneut besetzt. Die Eindringlinge teilten ihn unter sich auf und forderten Verhandlungen mit den Autoritäten. Die anliegenden Nachbarn, die Angst hatten, dass sich vor ihrer Haustür ein neues Elendsviertel entstehen könnte, begannen zu demonstrieren und forderten einen richterlichen Beschluss zur Räumung des Parks. Die argentinische Regierung und diverse Menschenrechtsorganisationen drängten, dass mit den Obdachlosen verhandelt werden müsse. Außerdem beschuldigten sie die Regierung der Hauptstadt, die genehmigten Pläne zum Bau von Sozialwohnungen nicht zu erfüllen und so die Wohnungssituation in der Stadt zu verschlechtern.

Bürgermeister Macri weigerte sich entschieden, mit den Eindringlingen zu verhandeln und forderte ein erneutes Eingreifen der Bundespolizei, da der Park nationales Gebiet sei. Macri bestätigte, dass nach der Besetzung des Parks kriminelle Drogenbanden ihr Unwesen trieben. Der Bürgermeister von Buenos Aires zeigte klar auf, dass er mit der jetzigen Immigrationspolitik der nationalen Regierung nicht einverstanden ist. Die Staatsregierung

beschuldigte Macri daraufhin, sich fremdenfeindlich geäußert zu haben und weigerte sich, ihre Polizeieinheiten nochmals in den Park zu schicken. Letztendlich kam es allerdings doch zu einer Räumung des Parks. Im Konflikt mussten vier Menschen ihr Leben lassen; die Streitparteien waren bewaffnet.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass drei verschiedene Konflikte bestehen: Ein politischer Konflikt zwischen der nationalen Regierung und der Stadtregierung; ein starker sozialer Konflikt, der Armut, illegale Behausungen, organisiertes Verbrechen und unkontrollierte Einwanderung widerspiegelt; ein Rechtskonflikt durch unklare Kompetenzverteilung: es intervenierten ein Strafrichter, ein Richter der Stadt Buenos Aires, die staatliche und die hauptstädtische Polizei, sowie die Gendarmerie und die Präfektur.

Besetzung eines Sportplatzes

Auch in Villa Lugano besetzten Jugendliche ein Sportplatzgelände. Die Bundespolizei räumte den Platz gewaltsam, um eine illegale Besiedlung zu vereiteln. Hinter der Besetzung stehen kriminelle Strukturen, so einige Augenzeugen aus der unmittelbaren Nachbarschaft. Banden versuchten, öffentlichen Grund und Boden zu besiedeln, um diesen danach teuer zu verkaufen. Auch hier handelte es sich um verlassenes Gebiet, das als rechtsfreier Raum angenommen wurde.

Chaos auf dem Bahnhof von Constitución

Am 23. Dezember kam es zu Chaos und Gewalt am Bahnhof Constitución, als der Zugverkehr wegen der Besetzung der Schienen durch ehemalige Mitarbeiter der Eisenbahngesellschaft Roca sowie der Arbeiterpartei ausfiel. Daraufhin protestierten festsitzende Zugpassagiere. Es ereigneten sich Schlägereien und Plünderungen. Mindestens 28 Personen wurden verletzt. Die staatliche Polizei agierte nach der neuen Verordnung der Regierung, ohne den Gebrauch von Feuerwaffen.

Nationale Regierungsbeamte denunzierten, dass bestimmte Sektoren Instabilität suchten und warnten davor, dass bestimmte Politiker (Duhalde) sich Vorteile aus diesen Umständen verschafften. Obwohl die Exekutive sich einig darin ist, dass man Proteste nicht mit Waffen niederschlagen sollte, gab sie zu, dass sie die Kontrolle über die Vorfälle auf den Straßen verliere. Laut der Sicherheitsministerin Nilda Garré wurden Verhaftungen angeordnet sowie Untersuchungen eingeleitet. Es scheint, als sei die neue Ministerin mit der Sicherheitslage überfordert.

Nach den vier aktuellen Konflikten in Argentiniens sozialem Gefüge ist die Regierung aufgefordert, Lösungen zu finden. Die Inflation und das öffentliche Chaos sind laut Umfragen die größten Ängste der Bevölkerung. Die Regierung ist dabei, diese Probleme, die auch die Presse sehr beschäftigen, anzugehen; trotzdem bringt die Regierung die beiden Phänomene nicht miteinander in Verbindung. Die Inflation und die immer schlechter werdende soziale Situation stehen nicht nur im Zusammenhang mit der Wirtschaftsdynamik; auch die politische Strategie der Regierung zur Lösung der Probleme scheint kontraproduktiv zu sein. Hinter den Kulissen ist zu hören, dass der starke und derartige Konflikte kontrollierende Nestor Kirchner fehle. Dies ist jedoch nicht auf eine erfolgreiche Sozialpolitik der letzten Jahre zurückzuführen, sondern, wie es nun herauskommt, auf die politische Macht, die Nestor auf die sozialen Akteure ausgeübt haben muss. Langfristig spielen für Argentinien jedoch gute Sozialprogramme eine entscheidende Rolle; aber auch eine regulierende Einwanderungspolitik wird jetzt zunehmend gefordert werden. Dies sind möglicherweise „bestimmende“ Themen im anstehenden Wahlkampf.

Sicherheitsministerium

Präsidentin Cristina Kirchner richtete als Konsequenz der sozialen Unruhen ein Sicherheitsministerium ein, für das sie Nilda Garré, ehemalige Verteidigungsministerin und ehemalige Abgeordnete des Kongresses, als neue Ministerin ernannte. Garré soll in den 70-er Jahren der linksgerichteten Terroristengruppe „Montoneros“ angehört haben. Die

staatliche Polizei, die Präfektur, die Gendarmerie und der staatliche Sicherheitsrat unterstehen fortan der neuen Ministerin.

Mühsame Gesetzgebung im Jahre 2010

Der Kongress billigte in diesem Jahr nicht einmal 64 Gesetze. Das ist die niedrigste Zahl seit 1987 und liegt weit abgeschlagen von den mehr als 100 Gesetzen, denen die gesetzgebenden Kammern seit der Wiederherstellung der Demokratie jährlich zugestimmt hatten. Allerdings wurde diese Ziffer auch als Hinweis auf die zunehmende Debatte in der Abgeordnetenkammer und Stärke der Opposition gewertet, die seit den Wahlen 2009 in der Überzahl ist. Die wichtigsten Gesetze, die in diesem Jahr verabschiedet wurden sind: das Gesetz zur gleichgeschlechtlichen Ehe, das Gesetz zur Anhebung des Rentensatzes auf 82% des Einkommens (die Präsidentin legte allerdings ihr Veto ein), das Gesetz zur Bankensicherheit und das Gesetz zur Gletschererhaltung.

Korruption

In einer der wichtigsten Studien von internationalem Niveau zum Thema Korruption sagten sechs von zehn Argentinern (62%), dass die Korruption im Lande ihrer Meinung nach in den letzten drei Jahren angestiegen sei. Fast acht von 10 (77%) glauben dabei an die Unfähigkeit der Regierung, diese zu bekämpfen. Verglichen mit den in den Jahren 2005 und 2007 ermittelten Zahlen ist die Korruption demnach gestiegen. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit der Platzierung des Landes im „Corruption Perception Index“ 2010, den die Organisation „Transparency International“ Ende Oktober veröffentlichte. Während die Polizei als häufigster globaler Empfänger von Bestechungsgeldern erscheint, sind es in Lateinamerika die Justiz und die politischen Parteien. Auch Abgeordnete und Senatoren sowie Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes gelten als korrupt. Argentinien hat die zweithöchste Korruptionsrate Lateinamerikas und belegt Platz 105 weltweit. Dies liegt besonders an den wenig effizienten Maßnahmen, die die aktuelle Regierung zur Korruptionsbekämpfung ergreift.

Haushaltsplan für 2011

In der Abgeordnetenkammer wurde dem von der Exekutive vorgestellten Haushaltsplan nicht zugestimmt. Nachdem der Entwurf an den Haushaltsausschuss zurückgegeben wurde, die Opposition die nötige Mehrheit für eine erneute Debatte nicht erreichte und die Exekutive darauf verzichtete, Sondersitzungen der Legislative einzuberufen, gilt nun der Haushaltsplan des Jahres 2010. So sieht es das aktuelle Gesetz zur Finanzverwaltung vor (Art.7 Gesetz 24.156). Darüber hinaus leitete die Präsidentin mittels eines Notwendigkeits- und Dringlichkeitsdekretes Ergänzungen zu dieser Verlängerung in die Wege. Diese betreffen Baumaßnahmen, Änderungen anderer Gesetze und einen Ausgabenanstieg, der im aktuellen Haushaltsplan nicht vorgesehen war. Rund 60 Mrd. Pesos (ca. 11,5 Mrd. €) werden als Mehrausgaben in 2011 zur Verfügung stehen! Ein Superwahljahr steht an.

Das Parlament von Buenos Aires lässt dem Wohnungsbau insgesamt 1 Milliarde Pesos (200 Millionen Euro) aus dem Haushaltsetat der autonomen Hauptstadt von 26,4 Milliarden Pesos (4,8 Millionen Euro) des Jahres 2011 zukommen. In 2010 standen für derartige Projekte nur 600 Mio. Pesos zur Verfügung. Die Erhöhung kann eindeutig als Reaktion auf die illegalen Besetzungen und Landnahmen gedeutet werden. Einige Abgeordnete der Opposition kritisierten jedoch den neuen Haushaltsplan, der nur 30% für den Wohnungsbau vorsieht. Es handle sich um ein soziales Problem von höherer Dimension. Der Haushalt für 2011 konnte Ende Dezember nicht abschließend angenommen werden (das notwendige Quorum fehlte); er soll nun Mitte Februar verabschiedet werden.

Außenpolitik

Argentinien im G20

Die argentinische Präsidentin hielt den Vorsitz bei der Eröffnung des Finanzausschusses des Weltgipfels der G20-Staaten in Korea. Nachdem sie die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit zwischen reichen und aufstrebenden Nationen betont hatte, nutzte Cristina Fernández ihre Rede, um dazu aufzufordern, die aktuelle, wirtschaftliche Situation nochmals genauer zu überdenken. Ihrer Meinung nach handle es sich um eine strukturelle Krise, in der mehr Kapital in den Finanzsektor als in den Produktionssektor investiert werde. Darüber hinaus forderte sie vom G20 die Ausarbeitung klarer Richtlinien, um unter anderem den kontroversen Devisenkrieg zu vermeiden.

Ibero-amerikanisches Gipfeltreffen

Politische Führungspersonlichkeiten Lateinamerikas, Spaniens und Portugals versammelten sich am 3. und 4. Dezember in der Stadt Mar Del Plata an der argentinischen Küste. Die Eröffnungsrede hielt Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner. Sie versicherte, dass die Welt eine „neue globale Architektur“ bräuchte. Die Versammlung vollzog sich unter dem Motto „Bildung für die soziale Eingliederung“. Ein Thema, das sowohl für Argentinien als auch für ganz Südamerika von großer Bedeutung ist. Die Repräsentanten der versammelten Länder äußerten ihre „Besorgnis“ angesichts der ansteigenden Gewaltbereitschaft in Lateinamerika als Folge des organisierten, transnationalen Verbrechens. Sie riefen dazu auf, eben diesem mit koordinierten und einheitlichen Mitteln entgegenzutreten. Die iberoamerikanischen Außenminister hießen die „Demokratieklausel“ für gut und sagten zu, argentinische Gesuche zur Souveränität der Falklandinseln unterstützen zu wollen. Folgende Staats- und Regierungschefs waren nicht anwesend: José Luis Rodríguez Zapatero (Spanien), Hugo Chávez (Venezuela), Evo Morales (Bolivien), Daniel Ortega (Nicaragua). Die argentinische Regierung unterschrieb sechs neue Darlehensverträge über 7,3 Milliarden Pesos (1,4 Milliarden €) mit der IDB (Interamerikanische Entwicklungsbank), der CAF (Entwicklungsbank der Andenregion) und der Weltbank. Die Darlehen sollen für öffentliche Baumaßnahmen verwendet werden; so erwähnte das Planungsministerium von Julio De Vido die Straßenverwaltung in den Provinzen, die Baufinanzierung von Schulen sowie Trinkwassersysteme. Zu bemängeln ist etwa, dass die neuen Fördergelder nicht vorrangig in das Bildungssystem investiert werden, wie es dem Leitgedanken des Gipfels entsprochen hätte.

Wirtschaft und Handel

Die Inflation und der INDEC

Die Bevölkerung rechnet mit einem weiteren Preisanstieg. Damit weicht die öffentliche Meinung völlig von den offiziellen Zahlen ab.

Laut einem Bericht aus dem Monat November erwartet man für die nächsten 12 Monate eine Preissteigerung von ungefähr 34%. Die Differenz zwischen den Prognosen der Ökonomen und den Daten, die das INDEC (Nationales Institut für Statistiken und Volkszählungen) veröffentlichte, beträgt 18,5 Punkte. Die Indexe der privaten Analysten kommen der Wahrnehmung der Bevölkerung um einiges näher. Während eines Festaktes im Regierungsgebäude zog die Präsidentin die Unternehmer „in ihrer Rolle als Preisgestalter“ in die Verantwortung. Sie schilderte, dass der Preisanstieg nicht nur eine Konsequenz der vorangegangenen Gehaltserhöhungen sei, sondern teilweise auch von einer übermäßigen „Rentabilität“ herrühre. Wirtschaftsminister Boudou bestätigte, dass die Inflation einzig und allein eine Sorge der Oberschicht sei. Auf der anderen Seite behauptet der Kabinettschef Anibal Fernández, dass es überhaupt keine Inflation gebe, da kein genereller Preisanstieg feststellbar sei. Der Preisanstieg betreffe lediglich einige Produkte, wie Fleisch, was wiederum die Schuld der Produzenten sei. Laut den offiziellen Zahlen sind sowohl der Handelsüberschuss als auch die industrielle und wirtschaftliche Produktion angestiegen. Der

INDEC misst für das Jahr 2010 eine Inflation von ungefähr 9,9%, während private Analysten einen Wert von 25% bis 27% errechnen.

Reform des INDEC

Die Abgeordnetenkammer stimmte einem Gesetzesentwurf zur Reform und Neubestellung des Nationalen Instituts für Statistiken zu. Im Wesentlichen hat die Reform die Absetzung der aktuellen Autoritäten des INDEC zum Ziel. Außerdem will er die Einrichtung wirtschaftlich und finanziell vom nationalen Staat unabhängig machen.

IWF-Sanktionen gegen Argentinien

Der Vorstand des IWF wägt ab, gegen Argentinien eine Sanktion zu erheben, sollte die Regierung weiterhin ihre Verpflichtung missachten, eine Prüfung der Staatskonten seitens des IWF zu zulassen (seit 2006 in Verzug). Das argentinische Parlament bat den Internationalen Währungsfond um Hilfe bei der Überprüfung des Verbraucherpreisindex, den das INDEC ausgearbeitet hat. Außerdem bat es um Unterstützung bei der Aufstellung eines nationalen Verbraucherpreisindex, da der aktuelle nur die Hauptstadt und die dazugehörige Provinz berücksichtigt. Der IWF wird eine Einsatztruppe von Fachleuten nach Buenos Aires schicken, die uneingeschränkten Zugriff auf die von der offiziellen Behörde (INDEC) durchgeführte Datenverarbeitung haben wird. Die Inflationsraten werden von privaten Analysten, Konsumentenvertretern und führenden Oppositionspolitikern angezweifelt.

Pariser Club – Schuldentilgung?

Wirtschaftsminister Amado Boudou verhandelte mit den Autoritäten des Pariser Clubs über die Absicht Argentinien, eine ausstehende Forderung des Clubs von mehr als 6 Milliarden Dollar zu tilgen. Dies ist eine der letzten Forderungen mit einer Gesamthöhe von 100 Milliarden Dollar, die Argentinien Ende des Jahres 2001 erklärt hatte. Der Club drängte auf eine raschere Begleichung der ausstehenden Schuld; die argentinische Seite möchte den zuvor erfolgreich „umgangenen“ IWF nun doch als Vermittler einschalten.

Wirtschaft 2010

Das Jahr 2010 endet mit einem durchschnittlichen Wachstum von 7,8%, einem hohen Niveau an Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur, einer stabilen Konsumdynamik, hohen Rohstoffpreisen und Kapitalzufluss. Allerdings muss man auch Staatsausgaben von 160 Millionen US Dollar zur Kenntnis nehmen. Um deren Finanzierung zu verzögern, greift man auf eine inflationäre Steuer zurück, die immer wieder erhöht werden muss, um Familien und Unternehmen Kaufkraft zu verschaffen, sowie sie dem öffentlichen Sektor in Form von Geldern zugutekommen zu lassen.

Die provisorische Schätzung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) Argentinien ergab ein Wachstum von 8,6% während des dritten Trimesters des Jahres, verglichen mit dem gleichen Zeitraum in 2009. Diese Angaben wurden vom INDEC, dem staatlichen Statistikamt, veröffentlicht. Folglich verlangsamte sich der Wachstumsrhythmus, der im zweiten Trimester noch 11,8% betrug.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
 AUTOR: DR. MARIELLA FRANZ, PROJEKTLITERIN; LUCAS DE NARDO, PROJEKTMITARBEITER
 REDAKTION: DR. MARIELLA FRANZ
 LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
 TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX: +49 (0)89 1258-359
 E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
 ERSTELLT AM: 31.12.2010